



Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 14. September 2009

N i e d e r s c h r i f t

über die 16. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin: Mittwoch, 12.08.2009
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:20 Uhr
Ort, Raum: Mensa der Schule am Teichgarten, Lindener Straße 11, 38300
 Wolfenbüttel

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Oberländer, Peter	Kreistagsabgeordneter
-------------------	-----------------------

Stimmberechtigte Mitglieder

Aust, Karl Otto	Kreistagsabgeordneter	
Brücher, Bertold	Kreistagsabgeordneter	
Deitmar, Reinhard	Kreistagsabgeordneter	
Großer, Elke	Kreistagsabgeordnete	
Siebert, Britta	Kreistagsabgeordnete	
Watermann, Tim	Vertreter der Jugendverbände	Teilnahme an der Sitzung bis 17:30 Uhr
Bracke, Ulrike	Vertreterin der Jugendverbände	Vertreterin für Herrn Watermann ab 17:30 Uhr
Lange-Geck, Britta	Vertreterin der Jugendverbände	
Sankowski, Holger	Vertreter der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe	

Beratende Mitglieder

Benli, Ekrem	Interessenvertreter ausländischer Kinder und Jugendlicher
Hass, Anne-Katrin	Vertreterin der Lehrerschaft
Henning, Clarissa	Erzieherin einer Kindertagesstätte
Klinge, Ute	Vertreterin der evangelischen Kirche
Kniep, Monika	Jugendbeauftragte der

Piltz, Andreas
Walter, Sabine

Kriminalpolizei
Vertreter der katholischen
Kirche
Leiterin des Jugendamtes

Von der Verwaltung

Röhmann, Jörg
Schäffer, Heike
Alpert, Frank
Lezius-Paulus, Renate
Weitzen, Petra

Landrat
Dezernentin
Abteilungsleiter Jugend- und
Erziehungshilfe
Leiterin der Beratungsstelle
für Eltern, Kinder und
Jugendliche
Leiterin der Abteilung
Wirtschaftliche Jugendhilfe

Teilnahme bis einschließlich
Tagesordnungspunkt 5

Als Gäste

Rump-Kahl, Uwe
Schulenburg, Peter
Brzytwa, Chris
Hohaus, Svea

Geschäftsführer der
Kompetenzagentur
Wolfenbüttel
Schulsozialarbeiter
Schulsozialarbeiter
Schulsozialarbeiterin

Protokollführer

Röttger, Roger

Es fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Hagedorn, Ulrich

Vertreter der anerkannten
Träger der freien Jugendhilfe

Beratende Mitglieder

Ziebarth, Carsten

Kreisjugendpfleger

Vor Eintritt in die Tagesordnung besichtigen die Ausschussmitglieder die Schule am Teichgarten. Die Schulleiterin, Frau Sonnemann, begrüßt die Ausschussmitglieder und stellt die mit erheblichem Aufwand renovierten Räumlichkeiten der Schule vor.

Die Jugendhilfeausschusssitzung wird bis einschließlich Tagesordnungspunkt 5 in gemeinsamer Sitzung mit dem Ausschuss für Schule, Kultur und Sport durchgeführt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Projekt "Regionales Übergangsmanagement Schule - Beruf im Landkreis Wolfenbüttel"
Vorlage: XVI-600/2009
4. Schulsozialarbeit im Landkreis Wolfenbüttel - ein Erfahrungsbericht zur derzeitigen Situation
Bericht: Herr Schulenburg
5. Konzept " Kinder und Jugendliche mit besonderem erzieherischen Bedarf bei Verhaltensauffälligkeiten und/oder Entwicklungsverzögerungen in der Schule"
Vorlage: XVI-599/2009
6. Bestimmung der oder des stellvertretenden Vorsitzenden gemäß § 26 der Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuss und die nach besonderen Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse des Landkreises Wolfenbüttel
7. Genehmigung der Niederschrift über die 15. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.05.2009
8. Anfragen
 - 8.1. Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)
 - 8.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)
9. II. Bericht zur Haushaltsumsetzung 2009 mit Stand 30.06.2009
Vorlage: XVI-601/2009
10. Tätigkeitsbericht 2008 der Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-605/2009
11. Neufassung der Richtlinien zur Förderung von Kindern in Tagespflege
Vorlage: XVI-597/2009
12. 2. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: XVI-609/2009
13. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, KAbg. Oberländer, eröffnet um 16:00 Uhr die 16. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des XVI. gewählten Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

Er weist darauf hin, dass in Absprache mit dem Herrn Vorsitzenden des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport die Tagesordnungspunkte 3, 4 und 5 in gemeinsamer Sitzung mit dem genannten Ausschuss beraten werden. Die Sitzungsleitung und Federführung dazu soll beim Jugendhilfeausschuss liegen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Projekt "Regionales Übergangsmanagement Schule - Beruf im Landkreis Wolfenbüttel" Vorlage: XVI-600/2009

Landrat Röhmann gibt zunächst eine kurze Einleitung in das Thema. Er dankt allen am Projekt Beteiligten, die sich personell und materiell in die Konzeption eingebracht haben und hebt die Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit, der Wohlfahrtsverbände im Landkreis Wolfenbüttel, der Stadt Wolfenbüttel, der Vertreter des Handwerks und des Handels sowie der beteiligten Schulleiter im Bereich des Landkreises Wolfenbüttel hervor. Insbesondere dankt er Herrn Rump-Kahl vom Deutschen Roten Kreuz und der Jugendamtsleiterin Frau Walter sowie der Referatsleiterin für Schule Kultur und Sport, Frau Wollschläger, für die geleistete Arbeit.

Herr Rump-Kahl stellt zunächst die Ausgangssituation der Jugendberufshilfe im Landkreis Wolfenbüttel vor. Die zur Zeit durchgeführten Projekte mit den einzelnen Maßnahmen können der *Anlage 1 (Folie 2)* zu dieser Niederschrift entnommen werden.

Frau Walter erläutert, dass es bereits eine Vielzahl von Projekten im Bereich der Jugendberufshilfe gebe. Daher könne sich die Frage gestellt werden, warum nun noch ein relativ kostenintensives Projekt hinzu kommen solle. Die bereits laufenden Projekte seien jedes für sich wichtige Elemente zur beruflichen Eingliederung der Jugendlichen. Es sei jedoch wichtig, durch die Konzeption des Übergangsmanagements Schule – Beruf bestehende Mängel zu beseitigen und die Effektivität der Jugendberufshilfe zu optimieren.

Im Wechsel mit Frau Wollschläger setzt Frau Walter Ihren Vortrag mit der Darstellung der gegenwärtigen Situation als Ausgangsbasis für die Entwicklung des Konzeptes sowie der Lösung der bestehenden Problemstellungen fort. Einzelheiten können der *Anlage 1 (ab Folie 3)* entnommen werden.

Landrat Röhmann geht auf die Vorlage ein. Er stellt heraus, dass die im Konzept berechneten Kosten den dargestellten Rahmen nicht übersteigen werden. Die Kostenanteile des Landkreises könnten sich durch eine mögliche Beteiligung durch die Wirtschaftsunternehmen und die ASS reduzieren. So sei es vorstellbar, dass Unternehmen nicht mehr durch Zeitungswerbung oder in anderen Medien auf einen freien Ausbildungsplatz hinwiesen sondern die Koordinierungsstelle anrufen und um Angebote aus dem Pool der geeigneten Bewerber bitten würden. Somit handele es sich um eine Dienstleistung, für die sich auch die Betriebe von sich aus eine Kostenbeteiligung vorstellen könnten.

Die ASS habe eine Förderung von bis zu 100.000,-€ jährlich in Aussicht gestellt. Zum einen handele es sich um eine Kostenbeteiligung der ASS, zum anderen seien auch Dienstleistungen im Rahmen des Projektes möglich. Es sei durchaus sinnvoll, beispielsweise in den kommenden Ganztagschulen die Beruorientierung als ergänzende Unterrichtsinhalte am Nachmittag über die ASS anzubieten. Wichtiger Aspekt dabei sei es, dass diese Angebote nicht nur zentral angeboten werden müssten, sondern gerade in dezentralen Landkreisschulen mit den speziellen Problemstellungen vorgehalten werden müssten.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Aussprache.

KAbg. Ganzauer fragt, ob es vergleichbare Projekte in Niedersachsen gegeben habe und es daraus bereits Erfahrungswerte gäbe.

Zu den personellen Verstärkungen fragt KAbg. Ganzauer, ob die Kosten zu 100% abgebildet wurden oder noch Landesfördermittel zur Verfügung stünden. Weiter bittet er um eine Einbindung der Arbeitnehmersvertretungen in das Projekt.

Landrat Röhmann erläutert, dass es bereits annähernd vergleichbare Projekte gäbe. Neu sei, dass es eine flächendeckende Maßnahme für jeden Schüler und jede Schülerin darstellt. Von Vorteil sei gewesen, dass hier kein Projekt einfach nur beschrieben worden sei, sondern irgendwo schon mal durchgeführt wurde, sondern weitgehend völlig neu konzipiert wurde. Dadurch sei erreicht worden, dass alle Schulen für das Projekt gewonnen werden könnten.

Bei den Kostenbeteiligungen sei man auch auf Grund der Erfahrungen mit dem Projekt PACE zu der Ansicht gelangt, keine Projekte mehr zu starten, nur weil Fördermittel abgerufen werden könnten. Vielmehr sei man zu der Ansicht gelangt, künftig Projekte nur dann zu starten, wenn diese für sinnvoll erachtet würden. Dies auch unabhängig einer möglichen Förderung durch Dritte. Ob und in wie weit eine Landesförderung noch möglich sei, werde noch geklärt.

Hinsichtlich der Einbindung der Arbeitnehmersvertretungen erklärt Landrat Röhmann, dass diese angestrebt werde und auch Gespräche darüber stattgefunden hätten.

KAbg. Groß fragt, in wie weit die Finanzierung für das Projekt PACE auch über den 01.09.2009 hinaus gesichert sei.

Landrat Röhmann gibt zu bedenken, welche Folgen eine Einstellung des Projektes PACE nach sich ziehen würde. Rund 160 Jugendliche würden ohne jede finanzielle Unterstützung und Betreuung auf der Straße stehen und schlimmstenfalls in die Kriminalität abrutschen. Es sei daher im eigenen Interesse des Landkreises, diese Jugendlichen auch ohne eine Unterstützung Dritter zu fördern. Wichtig sei die Einbindung in das neue Projekt, ohne jedoch dadurch ersetzt zu werden. Gleiches gelte auch für die Kompetenzagentur.

Herr Sankowski bemerkt, dass die Zahlen für die Personalkosten wie sie dargestellt wurden, so nicht passen könnten. So seien für eine Verwaltungskraft 50.000,- € angesetzt worden, für eine 0,5 Sozialpädagogin 25.000,- €, also die gleiche Bezahlung.

Landrat Röhmann erläutert, dass es sich zwar um unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche handle, jedoch beide Stellen im gehobenen Dienst angesiedelt und somit auch die selben Mittel anzusetzen seien.

Herr Sankowski merkt an, dass eine weitere Beteiligung der Träger der freien Wohlfahrtsverbände im Projektverlauf wünschenswert sei.

Ohne weitere Aussprache ergeht einstimmig folgender

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss zu empfehlen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt „Regionales Übergangsmanagement Schule – Beruf im Landkreis Wolfenbüttel“ umzusetzen und die entsprechenden Personal- und Sachmittelressourcen in die Haushaltsberatungen für den Projektzeitraum von drei Jahren (2010 – 2012) einzubringen.

**TOP 4 Schulsozialarbeit im Landkreis Wolfenbüttel - ein Erfahrungsbericht
zur derzeitigen Situation Bericht: Herr Schulenburg**

Herr Schulenburg berichtet über die Arbeit der Schulsozialarbeit und –sozialpädagogik im Landkreis Wolfenbüttel. Einzelheiten dazu können der *Anlage 2* entnommen werden.

Im Anschluss an die Präsentation führt Herr Schulenburg Interviews mit einer Schulsozialarbeiterin der Wilhelm-Raabe-Schule in Wolfenbüttel und einem Schulsozialarbeiter aus der Schule im Innerstetal in Baddeckenstedt durch. Diese Interviews sind der Niederschrift als *Anlage 3* beigefügt.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Bericht zur Diskussion. Wortmeldungen gibt es keine.

**TOP 5 Konzept " Kinder und Jugendliche mit besonderem erzieherischen Bedarf bei Verhaltensauffälligkeiten und/oder Entwicklungsverzögerungen in der Schule"
Vorlage: XVI-599/2009**

Frau Wollschläger stellt die Vorlage vor.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Aussprache.

KAbg. Ganzauer fragt, ob das Konzept in den Kindertagesstätten bereits läuft und ggf. bereits Erfahrungen damit gemacht wurden.

Frau Wollschläger erläutert, dass das Konzept bereits im August 2004 an die Kindertagesstätten verschickt worden sei. Es werde dort wirksam umgesetzt und die Kindertagesstätten würden die betreffenden Fälle auch melden.

Frau Walter ergänzt, dass das Konzept nicht statisch sei und der Arbeitskreis Integration im Bereich der Kindertagesstätten sich dort mit den Kindern beschäftige, die besondere Problemstellungen mitbringen. Der Arbeitskreis Integration werde gfs. auch Anpassungen des Konzeptes vorschlagen.

KAbg. Ganzauer merkt an, dass sich die Umsetzung des Konzepts auch bereits in den Schulen auswirken müsse, da es bereits seit fünf Jahren in den Kindertagesstätten Anwendung finde.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Kenntnisnahme:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt von dem Konzept „Kinder und Jugendliche mit besonderem erzieherischen Bedarf bei Verhaltensauffälligkeiten und/oder Entwicklungsverzögerungen in der Schule“ gemäß der Anlage 1 der Vorlage Kenntnis

TOP 6 Bestimmung der oder des stellvertretenden Vorsitzenden gemäß § 26 der Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuss und die nach besonderen Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse des Landkreises Wolfenbüttel

Frau Schäffer erläutert kurz die Notwendigkeit der Neubestimmung der stellvertretenden Vorsitzenden, die sich aus der neu berechneten Sitzverteilung der Fraktionsmandate ergäbe. Die Vorsitzenden seien bereits im Kreistag gewählt worden. Die Bestimmung der Stellvertreter sei jedoch Angelegenheit der Fachausschüsse.

KAbg. Aust schlägt KAbg. Siebert für den stellvertretenden Vorsitz des Jugendhilfeausschusses des XVI gewählten Kreistages vor.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Vorschlag zur Aussprache.

Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss mit einer Stimmenthaltung folgenden

Beschluss:

KAbg. Britta Siebert wird gem. § 26 der Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuss und die nach besonderen Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse des Landkreises Wolfenbüttel vom 06.11.2006 zur stellvertretenden Jugendhilfeausschussvorsitzenden bestimmt.

TOP 7 Genehmigung der Niederschrift über die 15. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.05.2009

Der Ausschussvorsitzende stellt die Niederschrift der 15. Sitzung vom 18.05.2009 zur Aussprache.

Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss genehmigt die Niederschrift zur 15. Sitzung am 18.05.2009, die allen Kreistagsmitgliedern und den übrigen Mitgliedern übersandt worden ist.

TOP 8 Anfragen

TOP 8.1 Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)

Anfragen gibt es keine.

TOP 8.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)

Anfragen gibt es keine.

**TOP 9 II. Bericht zur Haushaltsumsetzung 2009 mit Stand 30.06.2009
Vorlage: XVI-601/2009**

Frau Walter erläutert kurz die Vorlage. Es gebe es keine wesentlichen Veränderungen bei den Gründen für die Abweichungen der Ansätze zu dem bereits in der Sitzung vom 18.05.2009 vorgestellten Budgetbericht. Nach Stand 30.06.2009 müsse mit einem erhöhten Zuschussbedarf von rd. 200.000,-€ gerechnet werden.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Aussprache. Er weist darauf hin, dass es gerade im Bereich des Jugendamtes nur wenige Möglichkeiten zu gewollten Einsparungen gäbe. Der überwiegende Teil der Ausgaben seien durch gesetzliche Leistungsansprüche vorgegeben.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Kenntnisnahme:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt vom II. Bericht zur Haushaltsumsetzung wie er sich aus der Vorlage Nr.XVI-601/2009 ergibt, Kenntnis.

**TOP 10 Tätigkeitsbericht 2008 der Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche des Landkreises Wolfenbüttel
Vorlage: XVI-605/2009**

Frau Lezius-Paulus erläutert die Vorlage. Einzelheiten zum Tätigkeitsbericht können der Anlage 4 entnommen werden.

KAbg. Brücher fragt nach der Verteilung der Fallzahlen. Unter den doch recht vergleichbaren Samtgemeinden sei es auffällig, dass es dort erhebliche Verschiebungen gäbe.

Frau Lezius-Paulus erklärt dazu, dass es schon wegen der oftmals eher schlechten Anbindungen an den öffentlichen Nahverkehr vielen Personen nur unter erschwerten Bedingungen möglich sei, die Erziehungsberatungsstelle aufzusuchen. Zur Zeit biete die Erziehungsberatungsstelle (EB) zur Kompensation dieses Umstandes offene Sprechstunden beispielsweise in der SG Baddeckenstedt an. Allerdings könnten nicht alle Angebote der EB in den Samtgemeinden bereitgehalten werden.

KAbg. Deitmar fragt nach, wie sich die Wartezeiten von 3,15 Wochen für ein Gespräch im Vergleich mit anderen EB darstellen.

Frau Lezius-Paulus stellt dar, dass Wartezeiten anderer EB durchaus bis zu drei Monate betragen könnten. Allerdings sei spätestens mit dem Ausscheiden zweier erfahrener Mitarbeiter mit längeren Wartezeiten zu rechnen, da viele Fallkonstellationen mit dieser Erfahrung schneller erfasst und abgearbeitet werden könnten.

KAbg. Deitmar fragt weiter, ob eine Verschiebung des Aufgabenspektrums in den letzten Jahren zu beobachten gewesen sei.

Frau Lezius-Paulus bestätigt eine Steigerung der Fallzahlen im Bereich der Trennungen und Scheidungen. Die EB wolle in den kommenden Jahren gezielter auf Familien mit kleinen Kindern zugehen und eine Kleinkind- und Säuglingsberatung einführen. Die EB verspreche sich davon einen früheren und damit effektiveren Zugang zu den Familien, gerade in dem sehr wichtigen Alter der Kinder unter drei Jahre.

Der Ausschussvorsitzende fragt nach Zahlen nicht eingehaltener Terminvereinbarungen.

Frau Lezius-Paulus berichtet von geschätzten 20% nicht eingehaltener Terminvereinbarungen (*Anmerkung der Verwaltung: Nach Überprüfung der Zahlen im Anschluss an die Sitzung konnte in 11% der Fälle ein Nichteinhalten der Termine festgestellt werden*).

Der Ausschussvorsitzende fragt nach, wie Frau Lezius-Paulus aus Sicht einer EB zur Einrichtung von Familienzentren in Kindertagesstätten stehe.

Frau Lezius-Paulus sehe die Einrichtung positiv. Sie gehe davon aus, dass künftig Kindertagesstätten einen engeren Kontakt zu den Eltern haben werden. Die EB stehe für die fachliche Beratung bei Bedarf zur Verfügung.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Kenntnisnahme:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht 2008 der Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche des Landkreises Wolfenbüttel zur Kenntnis.

TOP 11 Neufassung der Richtlinien zur Förderung von Kindern in Tagespflege Vorlage: XVI-597/2009

Frau Weitzen erläutert die Vorlage. Sie weist darauf hin, dass die Förderrichtlinien des Landes zur Zeit im Umbruch stünden und der in der Vorlage niedergeschriebene Beschlussvorschlag abgeändert werden sollten. Hintergrund ist die Änderung der Vorgaben des Landes, wonach eine höhere Landesförderung nur dann in Betracht kommen könne, wenn die Richtlinien bereits zum 01.01.2009 in Kraft treten würden.

Ausgenommen werden sollten jedoch die veränderten Regelungen in Bezug auf die Höhe der Stundensätze der Tagespflegepersonen, da die notwendigen Änderungen bei den Kostenbeiträgen nur mit erheblichem Aufwand bzw. gar nicht mehr für die Vergangenheit geltend gemacht werden könnten.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Aussprache. Die in den neuen Richtlinien aufgeführten Beträge für die neuen Stundensätze seien gute Kompromisse zwischen einer angemessenen Entlohnung der Tagespflegepersonen und der Anerkennung des Personales in den Kindertagesstätten, die sich nicht benachteiligt sehen könnten.

Der Ausschussvorsitzende hat eine Anmerkung zu den in der Richtlinie aufgeführten pädagogischen Ausbildungen. Seiner Auffassung nach fehle in der Aufzählung das Berufsbild des Lehrers/der Lehrerin, da auch hier pädagogische Kenntnisse im Rahmen der Ausbildung erworben und danach vorhanden seien.

Frau Walter sagt dem Jugendhilfeausschuss eine Klärung der Sachlage zu (*Anmerkung der Verwaltung: Nach Prüfung der Sachlage wird in den Richtlinien der Punkt III, Ziffer (1) um das Berufsbild des Lehrers/der Lehrerin ergänzt*)

Ohne weitere Aussprache ergeht einstimmig folgender

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss zu empfehlen:

Die Richtlinien des Landkreises zur Förderung von Kindern in Tagespflege werden in der Fassung wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage Nr.XVI-597/2009 ergeben, mit folgender Maßgabe beschlossen:

1. Die Richtlinien treten zum 01.01.2009 in Kraft.
2. Die Regelungen zu II Ziffer 2a und 2b sowie V treten zum 01.10.2009 in Kraft.

**TOP 12 2. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: XVI-609/2009**

Frau Walter erläutert die Vorlage.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Aussprache.

Ohne weitere Aussprache ergeht einstimmig folgender

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss zu empfehlen:

Die 2. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2009 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

TOP 13 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

a) Frau Walter berichtet zum Sachstand hinsichtlich der ehemals geplanten Veranstaltung zur Kindeswohlgefährdung nach dem § 8a des SGB VIII am 13.06.2009 und bittet Herrn Alpert um eine kurze Darstellung des seinerzeit angedachten Verlaufes.

Herr Alpert erläutert, dass es eine Veranstaltung in dem umfassenden Rahmen, wie sie für den 13.06.2009 geplant war, nicht notwendig sei. Dies habe unter anderem auch die Rückmeldung der Ärzte zu diesem Thema gezeigt. Diese würden bereits gut mit dem Jugendamt, der Polizei und der Erziehungsberatungsstelle kooperieren. Nach Rücksprache mit dem Präventionsrat sei nun eine Veranstaltung im ersten Quartal 2010 für die Erzieher geplant. Die inhaltliche Ausgestaltung solle sich an dem orientieren, was in der Veranstaltung am 05.05.2009 für die Leitungen der Kindertagesstätten vermittelt wurde.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss die vormals geplante Veranstaltung gern gesehen hätte. Es sei allerdings in gleichem Maße zu begrüßen, dass es nun auf der Arbeitsebene zu diesem Thema zu guten Kooperationen gekommen sei. Für die Ausgestaltung des kommenden Fachtages wünsche der Ausschuss gutes Gelingen.

b) Frau Weitzen berichtet über den Stand der im Bereich des Jugendamtes seit 2006 anhängigen Klageverfahren. Einzelheiten über die Anzahl und die Ergebnisse der Klagen können der Anlage 5 zu dieser Niederschrift entnommen werden.

Herr Alpert ergänzt, dass gerade im Bereich der Eingliederungshilfe die Mehrzahl der Klagen zu Ungunsten der Jugendämter entschieden würden.

Der Ausschussvorsitzende dankt den Teilnehmenden für ihre Mitarbeit und schließt die Sitzung um 18:20 Uhr mit einem Hinweis auf die nächste planmäßig vorgesehene Sitzung am 19.10.2009.

Vorsitzender

Protokollführer/in